Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Diener zweier Herren: Wie Großkanzleien die Bundesregierung in der Eurokrise beraten
2. Paul Krugman – Money for Nothing
3. Eurokrise
4. Schlussverkauf
5. Debatte über Aufspaltung von Banken wird heftiger
6. Schweizer Banker meiden Ausland – Zwangsurlaub in den Bergen
7. Karl Brenke, Arbeitslosigkeit in Europa: Jugendliche sind viel stärker betroffen als Erwachsene
8. Draghi Blinks. Maybe
9. Jeder vierte Thüringer hat weniger als 8,50 Euro die Stunde verdient
10. Verheißungsvolle Aussichten – Was hinter dem Jobwunder für Ältere steckt
11. Moderne Heimarbeit: Textmarktplätze
12. Cornelia Heintze: Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem
13. Im Zweifel für die Wirtschaft
14. Für eine kluge Ungleichbehandlung
15. Aurora: Keine Krankenhausrechnungen für Opfer des Amokläufers
16. Warum Islamisten keine Pyramiden sprengen
17. Rudolf Hickel: Rezension von Werner Rügemers Buch Rating-Agenturen – Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Diener zweier Herren: Wie Großkanzleien die Bundesregierung in der Eurokrise beraten**
   Er könne im Finanzministerium "nicht noch einen Experten für Kirschblütenbestäubung vorhalten", sagte Peer Steinbrück einmal, weswegen er als Ressortchef regelmäßig externe Fachkräfte engagierte, und zwar nicht nur in Fragen der Kirschblütenbestäubung: In Sachen Bankenrettung beispielsweise entstand

während Steinbrücks Amtszeit kaum ein Gesetzentwurf ohne die Mitwirkung außerministerieller Berater. Allein im Jahr 2008 summierten sich die Rechnungen des Finanzministeriums für Anwalts- und Beratungshonorare auf 12,5 Millionen Euro.
An der Lage hat sich seitdem wenig geändert. Es ist Krise, und zu deren Bewältigung vertraut auch die schwarz-gelbe Bundesregierung auf die Expertise hoch spezialisierter Fachleute aus der Privatwirtschaft. Aus einer Antwort der Bundesregierung an den CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler geht nun hervor, auf wessen Dienste die Regierung in der Eurokrise zurückgreift:
"Die Bundesregierung hatte externen Sachverstand in Form von Gutachten, Studien oder sonstigen Beratungsleistungen … von der Firma Freshfields Bruckhaus Deringer eingeholt," […]
Insbesondere Freshfields Bruckhaus Deringer, mit rund 2.500 Anwälten eine der weltweit größten Wirtschaftskanzleien, ist so etwas wie der Haus- und Hofadvokat der Bundesregierung:

- Die Gesetzentwürfe und die Verordnung zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz – komplett von den Freshfields-Anwälten ausgearbeitet.
- Der Schuldenschnitt für Griechenland – unter Beteiligung von Freshfields-Anwälten als Berater des Bundesfinanzministeriums zustande gekommen.
- Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) – maßgeblich von Freshfields beraten.
- Die dem Finanzministerium unterstellte Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) – bei den Griechenland-Hilfen juristisch von Freshfields vertreten.

Quelle: Abgeordnetenwatch

2. **Karl Brenke, Arbeitslosigkeit in Europa: Jugendliche sind viel stärker betroffen als Erwachsene**
Die Krisen der letzten Jahre haben in Europa die Jugendarbeitslosigkeit kräftig ansteigen lassen, was das schon seit langer Zeit bestehende Phänomen der weit über dem Durchschnitt liegenden Arbeitslosigkeit der Jugendlichen deutlicher hervortreten lässt. In manchen Ländern erreichte die Jugendarbeitslosenquote bisher nicht gekannte Höhen, wobei allerdings die Zahl der Erwerbslosen unter den Jugendlichen nicht stärker als unter den Erwachsenen zugelegt hat. Zudem wird mitunter in der Öffentlichkeit die Lage der Jugend schlechter dargestellt als sie tatsächlich ist, weil ausgeblendet wird, dass die meisten Jugendlichen gar nicht auf dem Arbeitsmarkt

sind, sondern eine Ausbildung absolvieren. Gleichwohl ist die Jugendarbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas zu einem noch dringlicheren sozialen Problem geworden als es das schon vor einigen Jahren war. In der gesamten EU ist die Arbeitslosenquote der Jugendlichen mehr als doppelt so hoch wie die der Erwachsenen. Nur in einigen Ländern hängt das – neben anderen Faktoren – mit einer unzureichenden Qualifikation der Jugendlichen zusammen. Denn auch wenn eine Ausbildung vorliegt, weisen Jugendliche eine viel höhere Arbeitslosigkeit auf als Erwachsene. In solchen Ländern allerdings, in denen viel betrieblich ausgebildet wird, sind die Arbeitsmarktchancen nicht so schlecht wie in Staaten, die vor allem auf eine schulische Qualifizierung setzen. Eine praxisnahe Ausbildung kann offenbar ein Mittel sein, um den Jugendlichen bessere Arbeitsmarktchancen zu verschaffen. Am offensten ist der Arbeitsmarkt in Deutschland. Hier kann die relativ wenig über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit der Jugendlichen allein auf Qualifizierungsdefizite zurückgeführt werden. Besonders stark im Nachteil gegenüber den Erwachsenen sind die Jugendlichen generell in Italien, Rumänien, Schweden, Großbritannien und Polen.
Quelle: DIW-Wochenbericht 30/2012, S. 3-12 [PDF – 392 KB]

Anmerkung WL: *Im Vergleich mit Spanien oder Griechenland hat Deutschland eine viele niedrigere Jugendarbeitslosigkeit, aber auch hier ist die Statistik bei uns geschönt, denn aufgrund des – zum Glück – bei uns bestehenden dualen Ausbildungssystems landen ganz viele Jugendliche in „Warteschleifen“ und werden nicht als Arbeitslose gezählt. Auch nach dem neuesten Berufsbildungsbericht (S. 5) lag die Zahl der Berufsanfänger/innen im sog. „Übergangsbereich“ bei immer noch knapp 300.000 [PDF – 541 KB]. Ganz zu schweigen davon, dass bei uns gerade junge Beschäftigte Opfer des flexibilisierten Arbeitsmarktes sind. Sie stehen nicht nur unter hohem Druck, 41 % der Beschäftigten im Alter zwischen 15 und 25 Jahren haben ihre Arbeitsstelle nur auf Zeit, die Zahl junger Menschen mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sinkt dramatisch und die Entlohnung ist so gering, das die Armutsgefährdungsquote unter den 18 – 25-Jährigen bei 23,5% liegt.*
Unicef stellte fest, dass fast 1,2 Millionen Mädchen und Jungen in Deutschland in relativer Armut leben und unser Land hinsichtlich „absoluter Entbehrungen“ Platz 15 von 29 europäischen Staaten einnimmt [PDF – 662 KB].

3. **Eurokrise**
   a. **Spaniens Arbeitslosigkeit so hoch wie 1976**
   Im Tourismus herrscht Hochkonjunktur, trotzdem ist die Arbeitslosenquote in Spanien auf Rekordniveau gestiegen. Im zweiten Quartal lag sie bei fast 25 Prozent – so hoch wie seit 36 Jahren nicht mehr. Vor allem bei Jugendlichen ist

die Lage katastrophal: Mehr als jeder zweite hat keinen Job.
Quelle: SPIEGEL Online

b. **Thomas Fricke – Außer Sichtweite**
Die Euro-Zone braucht für ihr Überleben nach der Krise keine Dauertransfers, sondern einen Mechanismus, der konjunkturelles Auseinanderdriften der Mitgliedsländer bremst.Es gibt so Wörter, die können in Bruchteilen von Sekunden Reflexe auslösen, bei manchen positiver Natur, bei manchen eher gesundheitsgefährdend negativer. Sagen wir zum Beispiel: Transferunion.
Da schießt Steuerzahlern aus Bayern vors geistige Auge, wie das hart verdiente Geld für Berliner Partymeilen ausgegeben wird. Oder für Bremer Arbeitslose. Und auf Dauer jetzt auch noch für Europas strukturell schwache Südländer? Kaum auszudenken, wogegen bayerische Ministerpräsidenten dann noch alles klagen müssen. Gemach.
Dabei ist zumindest im Falle der Euro-Union gar nicht gesagt, dass man auch eine Transferunion nach deutschem Muster braucht, wie manche unken (und andere frohlocken). Ökonomisch gibt es weder einen zwingenden Grund, über Transfers für gleiche Einkommen zu sorgen. Noch dafür, dass das Geld über lange Zeit nur in eine Richtung geht.
Quelle: FTD Wirtschaftswunder

c. **Bundesbank springt Griechen bei**
Die Bundesbank stellt in einer neuen wissenschaftlichen Studie fest, dass Griechenland und alle anderen Euro-Länder am besten im Euro verbleiben sollten. Das geht aus dem Monatsbericht für Juli hervor, der am Montag veröffentlicht wurde. Die Bundesbanker untersuchten, ob in den Euro-Staaten möglicherweise ein anderes als das bestehende Währungssystem vorzuziehen wäre. “Es stellt sich heraus, dass dies für keines der derzeit dem Euro-Raum angehörenden Länder der Fall ist”, schreiben die Währungshüter. Im Rahmen eines ökonometrischen Modells bestimmten die Bundesbanker dabei die Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein bestimmtes Währungssystem für ein Land sinnvoll ist. In die Berechnungen flossen dabei Größen wie das Bruttoinlandsprodukt oder Handelsintegration mit dem Euro-Währungsraum ein. Auch die Distanz der Hauptstadt eines Landes zum geldpolitischen Zentrum, im Euro-Raum also Frankfurt, spielte dabei eine Rolle.
Quelle 1: FTD
Quelle 2: Bundesbank [PDF – 2.3 MB]

d. **Merkels Kampf in Europa für eine Stabilitätsunion – und wo sind die Alternativen?**
Eine kommentierte Presseschau von Volker Bahl

Quelle: Labour Net

e. **Axel Troost: Erzwungener Austritt Griechenlands – eine wirtschaftliche und politische Katastrophe**
Die CSU und Teile der FDP wetteifern in der Sommerpause um die Lufthoheit an den Biertischen. Es geht um die von wenig Sachkenntnis getrübte Polemik zur Beendigung der Eurokrise…
Die Rede über die Reformunwilligkeit der griechischen Politik und Gesellschaft basiert auf der Ignoranz der realen Schwierigkeiten. Griechenland steckt in einem hartnäckigen wirtschaftlichen Schrumpfungsprozess, der jetzt fünf Jahre anhält und allein im Jahr 2012 ein Minus der gesamtwirtschaftlichen Leistung von über 7 Prozent bringen wird. Eine Ökonomie, die mit rund 23 Prozent Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat, kann eben nicht in kurzen Zeiträumen das bestehende Staatsdefizit vermindern…
Ein wirksames Programm zur Modernisierung der ökonomischen Strukturen ist der realistische Weg zur Überwindung der anhaltenden Krise. Selbstverständlich müssen die akuten Finanzierungsprobleme durch das massive Eingreifen der europäischen Zentralbank und europäische Fonds kurzfristig entschärft werden. Jede Umschuldung und tiefgreifende Reform des Finanzsystems ist kurzfristig nicht umsetzbar und darf nicht zum Vorwand für den Verzicht auf ein wirtschaftliches Rekonstruktionsprogramm genommen werden.
Sollte der Versuch, Griechenland aus der Eurozone hinauszudrängen, erfolgreich sein, werden alle europäischen Gesellschaften einem harten Stresstest ausgesetzt werden und die Auswirkungen auf die Globalökonomie sind nicht absehbar. Noch könnte der Übergang zu einem europäischen »Marshall-Programm« bei gleichzeitiger Schrumpfung des Finanzsektors einen wirklichen Ausweg aus der seit Jahren anhaltenden Krise eröffnen. Für DIE LINKE kann dies nur heißen, all jene Kräfte in Europa, ob in Griechenland, Spanien, Italien oder anderswo in ihrer Kritik am Austeritätskurs und zu den Alternativen für ein anderes demokratisches, soziales und ökologisch nachhaltiges Europa zu unterstützen und gemeinsame Initiativen zu suchen.
Quelle: Linksfraktion

4. **Schlussverkauf**
Im Handel laufen die Geschäfte schlecht. Sind Schlecker und Neckermann erst der Beginn einer Pleitewelle? […]
Karl Brenke, Konjunkturexperte beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), erklärt, was den Händlern das Leben so schwer macht. Weil die Löhne in den vergangenen Jahren deutlich hinter den Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit zurückgeblieben seien, leide die Inlandsnachfrage, so der

Forscher. Reiche Menschen hätten nämlich eine relativ geringe Konsumquote. Das heißt, dass sie im Vergleich zu Gering- und Normalverdienern nur einen kleinen Anteil ihres Einkommens ausgeben. Sie allein können die Konjunktur also nicht in Schwung halten. Brenke: »Wenn es insgesamt in Deutschland höhere Löhne gäbe, würde der Einzelhandel auf höhere Umsätze kommen.«
Dass die Kaufkraft gestärkt werden muss, glaubt auch Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Einzelhandelsverbandes. Allerdings meidet er es, in diesem Zusammenhang Löhne und Gehälter zu erwähnen. Kein Wunder: Die Einzelhändler und ihre Funktionäre sind seit Langem heftig zerstritten, wenn es um die Einführung eines Mindestlohnes geht.
Quelle: ZEIT

dazu: Sandy Weill said what?
I must be getting old. Too old to understand English anymore. Sandy Weill, architect of Citibank's ill advised growth, and long time advocate of the form of universal banking that brought about the crash, has just pronounced on the state of banking. And called for the break up of the big banks. Pinch me please. Or at least roll the drums.
This is an astonishing volte face for someone who championed the elimination of Glass Steagall. More than that. He engineered a merger between Citi and an investment bank that was illegal at the time, so he had to get the law changed in order to complete the deal. He was that involved in shaping the modern banking scene. He was one of the fiercest opponents of regulation. He was outspoken, hard charging, and the very essence of the kind of banker who now dominates the industry. The mega banks were, in large part, his creation.
Quelle: Real World Economics Review

5. **Debatte über Aufspaltung von Banken wird heftiger**
   Immer mehr Stimmen fordern eine Zerschlagung von Großbanken. Erst Nikolaus von Bomhard, dann Citigroup-Chef Sandy Weill. Auch SPD-Chef Sigmar Gabriel sympathisiert mit einem Trennbankensystem. Doch verringert das wirklich die Systemrelevanz der großen Banken?
   Quelle: FAZ
6. **Schweizer Banker meiden Ausland – Zwangsurlaub in den Bergen**
   Zehntausend Schweizer Bankern bleibt in diesem Sommer wenig anderes übrig, als in den Bergen zu entspannen. Sie werden wohl in der Heimat Urlaub machen – denn im Ausland könnten sie verhaftet und an die USA ausgeliefert werden. Einen Ausweg gibt es nur für ihre Chefs. […]
   Neben der rechtlichen Fragwürdigkeit der Maßnahme war es wohl auch schlechtes

Timing, als mindestens fünf Schweizer Banken am 4. April die Namen von etwa 10.000 Mitarbeitern im Offshore-Banking den US-Justizbehörden übermittelten. Denn mittlerweile dürften die USA erste Verdächtige ausfindig gemacht haben. Das Problem ist nur, dass niemand weiß, ob er zu dieser Gruppe gehört.
All die inkriminierten Männer und Frauen hatten irgendwann in den vergangenen zehn Jahren in der einen oder anderen Form für US-Kunden gearbeitet – und ihnen, so der Verdacht, womöglich dabei geholfen, Steuern zu hinterziehen. Gegen insgesamt elf Schweizer Banken ermittelt das Department of Justice seit Jahren wegen Beihilfe zum Steuerbetrug. Das Management dieser Institute hatte die Schweizer Regierung bestürmt, die Freigabe der persönlichen Mitarbeiterdaten zu genehmigen, weil es sich davon Fortschritte bei einer Lösung des Steuerstreites erhoffte.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung JB: *Es ist unverständlich, warum die SZ in diesem Artikel zwischen den Zeilen derart kräftig auf die Tränendrüse drückt. Jedem Mitarbeiter einer Schweizer Bank muss klar sein, dass er sich in anderen Ländern strafbar machen kann, wenn er ausländische Kunden dabei unterstützt, in ihren Heimatländern (teils schwere) Straftaten zu begehen. Jegliches Mitleid ist da fehl am Platze. Die Härte, mit der die USA gegen organisierte Steuerhinterziehung vorgeht, ist begrüßenswert und sollte gerade für Deutschland ein Vorbild sein.*

7. **Paul Krugman – Money for Nothing**
So what is going on? The main answer is that this is what happens when you have a "deleveraging shock," in which everyone is trying to pay down debt at the same time. Household borrowing has plunged; businesses are sitting on cash because there's no reason to expand capacity when the sales aren't there; and the result is that investors are all dressed up with nowhere to go, or rather no place to put their money. So they're buying government debt, even at very low returns, for lack of alternatives. Moreover, by making money available so cheaply, they are in effect begging governments to issue more debt. […]
You don't even have to make a Keynesian argument about jobs to see that. All you have to do is note that when money is cheap, that's a good time to invest. And both education and infrastructure are investments in America's future; we'll eventually pay a large and completely gratuitous price for the way they're being savaged.
That said, you should be a Keynesian, too. The experience of the past few years — above all, the spectacular failure of austerity policies in Europe — has been a dramatic demonstration of Keynes's basic point: slashing spending in a depressed economy depresses that economy further.

Quelle: New York Times

8. **Draghi Blinks. Maybe**
   It looks like Draghi finally found that panic button. This is crucial, as the ECB is the only institution that can bring sufficient firepower to the table in a timely fashion. His specific reference to the disruption in policy transmission appears to be a clear signal that the ECB will resume purchases of periphery debt, presumably that of Spain and possibly Italy. The ECB will – rightly, in my opinion – justify the purchases as easing financial conditions not monetizing deficit spending.
   So far, so good. But there is enough in these statements to leave me very unsettled. First, the claim that the Euro is "irreversible" should send a shiver down everyone's backs. Sounds just a little too much like "the crisis is contained to subprime" and "Spain will not need a bailout." Second, the bluster that "believe me, it will be enough" is suspect. The ECB always thinks they have done enough, but so far this has not been the case. Moreover, he is setting some pretty high expectations, and had better be prepared to meet them with something more than half-hearted bond purchases.
   Also, note that despite Draghi's bluster, the rally in Spanish debt send yields just barely below the 7% mark. A step in the right direction, but also a signal that investors still worry that Spain will need a bailout despite additional ECB action.
   Quelle: Economist View
9. **Jeder vierte Thüringer hat weniger als 8,50 Euro die Stunde verdient**
   Viele Thüringer gehen mit einer schmalen Lohntüte nach Hause. Ein Viertel der Beschäftigten in der Industrie und im Dienstleistungsbereich hat 2010 einen Stundenlohn von unter 8,50 Euro pro Stunde erhalten, teilte das Statistische Landesamt am Donnerstag in Erfurt mit. 8,50 Euro werden von Gewerkschaften als Mindestlohn diskutiert. Der Anteil der Geringverdiener war mit 24 Prozent in Thüringen höher als im Schnitt der neuen Länder mit 22 Prozent. Bundesweit verdienten 11 Prozent der Beschäftigten weniger als 8,50 Euro. Während in Westdeutschland Minijobber die größte Gruppe bildeten, waren es in Ostdeutschland Vollzeitbeschäftigte.
   Quelle: OVZ online
10. **Verheißungsvolle Aussichten – Was hinter dem Jobwunder für Ältere steckt**
    […] Wir schauen uns die Förderungen für Ältere genauer an. Im Internet stoßen wir auf eine Werbebroschüre der Bundesregierung für das Programm "Perspektive 50plus". Es läuft seit nahezu acht Jahren und soll Ältere über 50 auf den Arbeitsmarkt zurückbringen. Eingliederungs- und Lohnkostenzuschüsse sollen dabei helfen. Offenbar mit Erfolg. Sechs strahlende Gewinner werden in der Broschüre präsentiert. Einer davon ist Hans Hemmis. Laut Prospekt ein Kämpfertyp. Nach einer Krebserkrankung war er wieder auf die Beine gekommen und wollte noch mal

durchstarten. Ein ganzes Kompetenzteam kümmerte sich um den damals 58-jährigen Klempnermeister. Und er bekam einen Job bei VW in Kassel. Wir haben ihn dort getroffen. Draußen vor dem Werktor, denn sein Traum, bis zur Rente dort zu arbeiten, ist geplatzt. Seit fast einem Jahr ist er nun schon wieder arbeitslos. Was war passiert? Hans Hemmis baute keine Autos bei VW. Das Unternehmen bietet auch Arbeitslosenschulungen an. Und da kam Hans Hemmis unter. Nach einer vom Jobcenter finanzierten Schulung wurde er selbst Kursleiter für ältere Arbeitslose. Obwohl VW Fördergelder für jeden Teilnehmer bekam, übernahm das Unternehmen keinen einzigen aus diesem Kurs. Und auch für Hans Hemmis kam das Aus. Als die Fördergelder ausgelaufen waren, war auch für ihn kein Platz mehr. VW bestätigt uns das schriftlich, allerdings habe man Hans Hemmis "…eine Weiterbeschäftigung in der Fertigung im Werk Kassel angeboten, leider erfolglos."
Quelle: Plusminus

11. **Moderne Heimarbeit: Textmarktplätze**
Im Internet gibt es sogenannte „Textmarktplätze". Hier bekommt man Geld für das Schreiben von Artikeln, denn auf Webseiten gibt es einen immer höheren Bedarf an Texten und Inhalten. Hintergrund: Internetseiten werden häufiger aufgerufen, wenn sich die Inhalte ständig erneuern. Auftraggeber sind also meist Firmen, die mithilfe der Texte mehr Klicks auf ihrer Webseite erzielen wollen und somit zum Beispiel einen höheren Werbeertrag durch die Webseite haben. Textmarktplätze wie Textbroker, Contentworld oder Textox bringen Firmen und Autoren zusammen. Die Anmeldung ist kostenlos.
Journalist muss man für diesen Nebenjob nicht sein. Wie viel man verdient, hängt davon ab, wie gut der Probetext ist. Denn der wird erst einmal bewertet. Die Spanne reicht von 0,7 bis 4 Cent pro Wort. Das macht pro DIN-A4-Seite 3,50 bis 20 Euro.
Quelle: WDR Servicezeit

Anmerkung unseres Lesers U.B.: *Von einer Freundin erhielt ich den Link zu unten beigefügter Seite des WDR.*
Der WDR berichtet dort über "Moderne Heimarbeit: Textmarktplätze". Der Titel hätte besser lauten sollen "Moderne Ausbeutung".
Interessanterweise hat meine Freundin geglaubt, dies wäre doch eine gute Möglichkeit schnell nebenbei ein bisschen Geld zu verdienen. Ich sei doch Profi, und könne mir so ganz fix eine gute Nebeneinnahme schaffen. Diese krasse Fehleinschätzung dieser Textmarktplätze hängt m. E. auch damit zusammen, dass der WDR nicht nur vollkommen unkritisch, sondern sogar werbend darüber berichtet.
Ich habe das recherchiert. Für einen Text mit 316 Wörtern, für den ich von meinem Kunden 400,- Euro netto zuzüglich Umsatzsteuer bekommen habe, würde man als

Neumitglied bei dieser Plattform (vorausgesetzt, man bekommt die für Neumitglieder höchstmögliche Einstufung 4) ,1,2 Cent pro Wort bekommen.
Das sind 3,79 zzgl. MWST. Bei einer Arbeitszeit von 3 Stunden (das kann man inklusive Recherche getrost für so einen Text ansetzen) ist dies ein Stundensatz von netto 1,26 Euro zuzüglich MWST – für einen Text von einem professionellen Journalisten.
Ich finde, es ist ein Hammer, dass der WDR als öffentlich-rechtliche journalistische Institution PR macht für Einrichtungen, die sittenwidrige Honorare zahlen, die man selbst im Medienbetrieb noch nicht erlebt hat.

12. **Cornelia Heintze: Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem**
Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland.
Privat pflegende Frauen sind teuer. Eine weit verbreitete Fehlannahme lautet: Frauen, die privat und unentgeltlich pflegen, „kosten“ im wahrsten Sinne des Wortes nichts – ein gut ausgebautes öffentliches Pflegesystem hingegen sei unbezahlbar. Dieser Gedanke führt in die Irre.
Wenn gut ausgebildete Frauen (und Männer) aus dem Arbeitsmarkt austreten, um unentgeltlich zu pflegen, geht der Volkswirtschaft erhebliches Bildungskapital verloren. Investitionen in ein gutes öffentliches Pflege- und Betreuungssystem hingegen entlasten die Sozialkassen und steigern das Potenzial an gut qualifizierten Arbeitskräften.
Dort, wo Pflege als öffentliche Aufgabe und öffentliches Gut betrachtet wird, entstehen im
Pflegesektor gut bezahlte, qualifizierte Arbeitsplätze, die für Wachstum sorgen. Insgesamt begibt sich die Volkswirtschaft so auf einen höheren Beschäftigungspfad („High Road“).
In Deutschland passiert das Gegenteil: Die geringen Investitionen in das Pflegesystem führen auf eine „Low Road“. Die Autorin beschreibt, was die Abwärtsspirale in Deutschland antreibt und wie sie gestoppt werden kann.
Quelle: WISO Diskurs [PDF – 1.3 MB]
13. **Im Zweifel für die Wirtschaft**
Die Bundesregierung segnet den Agrar-Putsch in Paraguay ab. Deutsche Großgrundbesitzer seien ihr wichtiger, kritisieren Menschenrechtler.
Als erster ausländischer Staatsgast hatte Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel am Tag nach Lugos Absetzung dem Nachfolger Franco seine Aufwartung gemacht. Niebel sagte, er sehe keine Anzeichen dafür, dass bei dem Regierungswechsel etwas verfassungswidrig zugegangen sei.

Senator Sixto Pereira wundert sich noch heute über diese demonstrative Unterstützung der Putschisten. „Damit stehen die Deutschen in einer Reihe mit den USA, Kanada, dem Vatikan und Taiwan“, sagt Pereira. „Für Washington ist der Putsch im überwiegend links regierten Südamerika ein geostrategischer Glücksfall, Hillary Clinton hat ihn schon gebilligt.“
Dem kanadischen Bergbaumulti Rio Tinto Alcan hat Franco bereits die Genehmigung eines riesigen Aluminiumwerks in Aussicht gestellt; für den Vatikan war der „rote Bischof“ Lugo schon immer ein Ärgernis. Aber Berlin? „In Paraguay hat die Bundesregierung hat immer für deutsche Großgrundbesitzer Partei ergriffen“, sagt Roman Herre von der Menschenrechtsorganisation Fian.
Quelle: taz

14. **Für eine kluge Ungleichbehandlung**
Den meisten Kindern Deutschlands geht es gut – doch es ist höchste Zeit, wahrzunehmen, wie sehr die Lebensverhältnisse junger Menschen auseinanderdriften. Das Problem ist nicht, dass „die Familie“ zerfällt, wie ein lange gebräuchlicher Topos des ängstlich-konservativen Denkens lautete. Das Problem ist, dass eine Minderheit von Kindern heute mit maximalen Schwierigkeiten aufwächst. Diese Probleme nimmt die deutsche politische Debatte seit einigen Jahren zumindest partiell wahr. Häufig geschieht dies allerdings mit dem falschen Fokus: „Wir brauchen bessere Schulen, um die benachteiligten Kinder zu unterstützen“, heißt es dann. Doch das greift zu kurz – denn die wichtigsten Entscheidungen im Leben eines Kindes werden lange vor der Einschulung getroffen. Weil alle Bildungskarrieren lange vor dem ersten Schultag beginnen, geht es um die rechtzeitige Unterstützung des Lernens. Die Kinder aus den schwierigsten Familien brauchen also die beste Unterstützung. Wer ihnen exzellente Kindergärten anbietet, macht sich verdient um die ganze Gesellschaft. Es dient dem sozialen Frieden, wenn ein Dreijähriger aus dem Berliner Wedding bessere Chancen auf ein Leben hat, das ihn nicht ins Gefängnis führt. Es dient dem Budget des Staates, wenn der Junge im Alter von 17 Jahren fähig ist, eine Stelle anzunehmen, statt in Jobtrainings auf sein Leben als Dauerarbeitsloser „vorbereitet“ zu werden. Es dient der wirtschaftlichen Prosperität, wenn dieser junge Mann für anspruchsvolle Jobs zur Verfügung steht, sobald wegen der demografischen Lücke noch mehr Fachkräfte fehlen. Und es dient der politischen Stabilität, wenn sich Berlin-Neukölln (das natürlich auch anders heißen könnte: München-Hasenbergl etwa oder Nürnberg-Südstadt) nicht zu einem Quartier entwickelt, in dem frustrierte Jugendliche die Autos der vermeintlich Wohlhabenden abfackeln. – Wenn wir die Jüngsten in den schwächsten Stadtvierteln gezielt unterstützen, bekommen jene Kinder eine Chance, die heute kaum eine haben. Dann schaffen wir das, was dem Land so bitter fehlt: Bildungsgerechtigkeit. Wenn Deutschland daran scheitert, wird die neue

Klassengesellschaft zementiert. Dann verschleudern wir unseren Wohlstand. Wir haben die Wahl.
Quelle: Aus Politik und Zeitgeschichte

Anmerkung Orlando Pascheit: *Für diejenigen, die die Forderung nach einer klugen Ungleichbehandlung neoliberal lesen und abschalten wollen: Es geht darum, in den sozialen Brennpunkten unserer Städte für diese Bevölkerung mehr zu tun als für den sogenannten Durchschnittsbürger. Genau hier dürften aber die überaus sinnvollen Analysen bzw. deren Schlussfolgerungen in der Praxis scheitern. Hamburgische Stadtviertel wie z.B. Harburg, Willhelmsburg, Billstedt oder Horn haben einfach keine Lobby im Gegensatz z.B. zur Elbchaussee, wie sich bei der letzten Schulreform deutlicher nicht zeigen konnte. Der zweite Aspekt betrifft das generelle Verhalten der Regierungen in Stadt, Land und Bund in Zeiten allgemeinen Sparens. Die jeweiligen Laufzeit gewählten Regierung haben nur das Interesse innerhalb dieses Zeitraums eine gute Bilanz hinzu legen – vollkommen unabhängig davon welche Langfristfolgen Entscheidungen in dieser Zeit haben. Ein einfaches Beispiel: Bürgersteige sollen neu ausgelegt werden. In Zeiten des Sparens wird eine Regierung immer die kostengünstigere Variante wählen, umso ihrer Haushaltspolitik (so wenig Schulden wie möglich) beim Bürger gut verkaufen zu können. Wetten, dass nie die Gehwegplatten gekauft werden, die doppelt so viel kosten, auch wenn sie dreimal so lange halten. Es lässt sich in der gesamte Bundesrepublik eine Tendenz beobachten, Langfristpolitik zu vermeiden, die kurzfristig hohe Kosten verursachen, auch wenn der gesamtwirtschaftliche Nutzen auf Dauer deutlich höher liegt. Unter diesen Aspekten ist eine Konzentration der Mittel in den Problemzonen unserer Gesellschaft nicht zu erwarten.- Der Aufsatz von Felix Berth beschränkt sich nicht nur auf Aufrufe, sondern referiert einen großen Ausschnitt der wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema, wie überhaupt der Themenschwerpunkt dieses Heftes der "Frühkindlichen Bildung" liegt.*

15. **Aurora: Keine Krankenhausrechnungen für Opfer des Amokläufers**
    Einige der Überlebenden des Amoklaufs in Aurora müssen sich nach der Genesung einer weiteren Herausforderung stellen: das Zahlen der horrenden Krankenhausrechnungen. Die meisten Opfer sind nämlich nicht krankenversichert.
    Quelle 1: Shortnews
    Quelle 2: Aurora Shooting Victims: No Medical Bills, Free Care, For Survivors At Some Colo. Hospitals – Huffington Post
16. **Warum Islamisten keine Pyramiden sprengen**
    Eine Falschmeldung aus Ägypten sorgt für Aufregung – und zeigt, wie leicht uns die

Tyrannei des Augenblicks den passenden Rahmen vergessen lässt.
Syrien, so scheint es, steht vor dem Umbruch. Den genauen Zeitpunkt will kaum jemand vorhersagen, die Konsequenzen schon gar nicht. Sicher scheint lediglich, dass die Tage des Baschar al-Assad gezählt sind. Während im Land verbissen gekämpft wird, köchelt bei uns die Gerüchte- und Nachrichtensuppe. Und wie bereits im Arabischen Frühling, dürfen wir uns mit vier Problemen auseinandersetzen:
Quelle: The European

17. **Rudolf Hickel: Rezension von Werner Rügemers Buch Rating-Agenturen – Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart**
Rating-Agenturen stehen nicht erst seit der jüngsten Finanzmarktkrise sowie den schlechteren Noten für die Länder im Zentrum der Eurokrise in der Kritik. Sie haben ihre wichtige Rolle der Informationsbeschaffung über versteckte Risiken in Kreditkomplexen und undurchsichtig gehaltenen Finanzmarktprodukten gründlich missbraucht. Im Mittelpunkt dieses monopolistischen Marktes stehen die großen Drei: Standard & Poor´s, Moody´s und Fitch.
Abgesehen von wenigen Rechtfertigungen ist die öffentliche Kritik übermächtig. Frei von Haftung und gesamtwirtschaftlicher Verantwortung dienen sie den Interessen ihrer Eigentümer, vor allem den Hedgefonds und den Investmentbanken, denen sie direkt oder indirekt gehören. Dabei gelten die Interessen der Wall Street als Messlatte der Benotung.
Quelle: Rudolf Hickel [PDF – 20 KB]